

Reinhard Willig

Costa Rica hat gewählt

**Die Ergebnisse der Präsidentschafts-,
Kongress- und Kommunalwahlen
im Überblick**

Erstmalig in der Geschichte Costa Ricas wurde der Präsident in einer Stichwahl gewählt, zudem gelang es den Christdemokraten erstmalig, mit Abel Pacheco den zweiten Präsidenten des Landes in Folge zu stellen. Die Zeichen der politischen Unzufriedenheit sind jedoch unübersehbar: kontinuierlich sinkende Zustimmung der Wähler zu den beiden Traditionsparteien PUSC und PLN in den letzten Jahren und eine Zersplitterung des Parlaments in vier starke politische Strömungen. Der Reformstau in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist unübersehbar. Armutsbekämpfung, Reform der öffentlichen Finanzen, Stärkung von Produktivität und Wachstum sowie regionale Integration stellen die Grundpfeiler der zukünftigen Regerungspolitik dar.

Am 3. Februar 2002 fanden in Costa Rica allgemeine Wahlen statt, die sich aufgrund der erforderlichen Stichwahl für den Präsidenten am 7. April fortsetzten. Es waren neben dem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten das 57-köpfige Parlament sowie auf kommunaler Ebenen sechs bis sieben Stadträte in einigen der 81 Kantone zu wählen. Um die über zwei Millionen Wahlberechtigten – für die laut Verfassung Wahlpflicht gilt – bemühten sich 15 Parteien auf nationaler und weitere 21 auf lokaler Ebene; nur fünf von ihnen wurden allerdings Chancen auf Abgeordnetensitze eingeräumt. Durch die gleichzeitige Wahl auf drei Ebenen hatte der Wähler einen Wahlzettel von bemerkenswerter Größe auszufüllen, im Volksmund „Bettlaken“ genannt.

Nach dem Wahlgesetz des Landes werden die Abgeordneten nach Provinzlisten gewählt, wobei der Wähler dort wählen muss, wo er seinen Personalausweis erhalten hat. Das führt regelmäßig am Wahltag zu großer Reisetätigkeit, die zumeist von den Parteien getragen wird, die ihre Wähler quer durch das Land transportieren. Verpflegungskosten für die Wahlhelpler sind ebenfalls zu übernehmen. Das stellt große Anforderungen an die logistischen Potenziale und die Budgets der Parteien.

Das Territorium der Republik ist in rund 1900 Wahldistrikte mit etwa 7000 Wahlzentren für die Abgabe der Stimmen gegliedert.

Es handelte sich um den 12. bzw. 13. Wahlgang in Folge nach der neuen Verfassung von 1953 – ein ein-

samer demokratischer Rekord im lateinamerikanischen Kontext.

Die beiden großen Parteien – der christdemokratische PUSC (Partido Unión Social Cristiana) und der sozialdemokratische PLN (Partido Liberación Nacional) – gaben etwa je 16 Millionen DM für den Wahlkampf aus, wovon sie 75 Prozent über die staatliche Wahlkampfunterstützung finanzierten, der Rest über Eigenmittel und Spenden. Diese staatliche Parteienförderung macht gemäß der Verfassung 0,19 Prozent des BIP des vorletzten Jahres vor der Präsidentschaftswahl (in diesem Fall 2000) aus, wird aber erst nach den Wahlen anhand der tatsächlichen Stimmenanteile ausgezahlt. In Höhe der erwarteten staatlichen Unterstützung nehmen die Parteien Kredite auf, für die sie ein eventuelles Ausfallrisiko selbst tragen müssen.

■ Erstmals *Stichwahl* bei der Wahl des Präsidenten Costa Ricas. Christdemokratische Kontinuität

Mit einem Stimmenanteil von 58 Prozent (bei rund 776 000 Stimmen) hat sich der christdemokratische Präsidentschaftskandidat Abel Pacheco gegen seinen sozialdemokratischen Konkurrenten Rolando Araya mit 42 Prozent (rund 563 000 Stimmen) klar durchgesetzt. Die Stichwahl wurde erforderlich, weil keiner der ursprünglich 15 Präsidentschaftskandidaten einen Stimmenanteil von 40 Prozent im vorausgegangenen Wahlgang vom 3. Februar erzielt hatte. Abel Pacheco war auf rund 38 Prozent und Rolando Araya auf rund 30 Prozent der Stimmen gekommen. Entsprechend der Verfassung des Landes musste deshalb ein zweiter Wahlgang zwischen den beiden stärksten Kandidaten stattfinden. Aufgerufen zur zweiten Wahlrunde waren wiederum etwa 2280 000 Bürger.

Hatten sich schon im ersten Wahlgang rd. 31 Prozent der Stimmbürgers enthalten, so stieg dieser Anteil auf rund 39 Prozent (etwa 890 000 Stimmen) bei der Stichwahl, blieb aber deutlich unterhalb der prognostizierten 46 Prozent. Vergleiche mit anderen lateinamerikanischen Ländern, in denen Stichwahlen praktiziert werden, zeigen höhere Anteile von Enthaltungen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass sich entgegen den Trends in anderen Ländern in Costa Rica mit Abel Pacheco der Erstplazierte

■ Mit einem Stimmenanteil von 58 Prozent (bei rund 776 000 Stimmen) hat sich der christdemokratische Präsidentschaftskandidat Abel Pacheco gegen seinen sozialdemokratischen Konkurrenten Rolando Araya mit 42 Prozent (rund 563 000 Stimmen) klar durchgesetzt.

des vorausgegangenen Wahlgangs konsolidieren konnte und nicht dem Zweiten den Sieg in der Stichwahl überlassen musste. Grund dafür dürften die spezifischen Verhältnisse in Costa Rica sein. Es kam weder zu Koalitionen für den zweiten Wahlgang, noch waren die Kandidaten an einer Polarisierung interessiert. Die Wahlkampagne brachte nichts Neues und war angesichts fehlender Finanzmittel kurz und äußerst zäh. Sie fand hauptsächlich in den Medien statt. Die Bemühungen waren auf die Mobilisierung der Anhänger des *shooting stars* des ersten Wahlgangs, Ottón Solís und seines PAC (Partido Acción Ciudadana) gerichtet, für die es keine Direktive der Partei gab und die deshalb frei in ihrer Stimmabgabe waren. Nach dem Wahlergebnis zu urteilen, ging jedoch von ihnen kein entscheidender Impuls für einen der beiden Kandidaten aus.

Um die rund 1,4 Millionen Wähler zu bewegen, konnte beide Kandidaten über je etwa 16000 Fahrzeuge ihrer Anhänger verfügen. Hinzu kamen eine bezahlte Flotte von 900 Bussen und 250 Booten. Zur Besetzung der Wahlgremien, Organisation und Koordination der erforderlichen Aktivitäten setzten beide Parteien zusammen rund 300000 Personen ein.

■ Politische Leitlinien des neuen Präsidenten Abel Pacheco

Am 8. Mai fand die Amtsübergabe vom scheidenden Präsidenten Miguel Angel Rodríguez an seinen Nachfolger Abel Pacheco statt. Er ist damit der 44. gewählte Präsident des Landes. In einer festlichen Atmosphäre fanden sich rund 900 geladene Gäste aus aller Welt im Theater Melico Salazar ein, um der Zeremonie unter Leitung des frischgewählten Parlamentspräsidenten Rolando Laclé beizuwohnen. Anwesend waren offizielle Delegationen, jeweils geleitet von den Präsidenten, aus Kolumbien, Guatemala, El Salvador, Nicaragua, Panamá, der peruanische Vizepräsident, die First Lady Mexikos, Prinz Felipe von Spanien, der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA), der Präsident des chinesischen Volkskongresses, um nur einige der Angehörigen von 78 internationalen Delegationen zu nennen.

Die Amtsübergabe hatte nicht den üblichen Volksfestcharakter, weil die Zeremonie unter weitgehend-

■ Am 8. Mai fand die Amtsübergabe vom scheidenden Präsidenten Miguel Angel Rodríguez an seinen Nachfolger Abel Pacheco statt. Er ist damit der 44. gewählte Präsident des Landes.

dem Ausschluss der Bürger stattfand. Zudem erfolgte sie zwischen zwei christdemokratischen Präsidenten, was sich auch darin zeigte, dass wichtige Kabinettsmitglieder im Amt blieben. Das wirkte sich eher negativ auf die Mobilisierung der Bürger aus. Noch 1998 hatte Miguel Angel Rodríguez seine Amtseinführung als bekannter Fußballfan im Nationalstadion gefeiert. Doch sein Nachfolger wollte sich als sparsamer Präsident nicht auf eine Massenveranstaltung einlassen.

Nachdem sich der scheidende Präsident vor allem bei seiner Familie für die Unterstützung in den letzten vier Jahren bedankte – er hatte der Tradition entsprechend bereits am 1. Mai vor dem Kongress seinen Rechenschaftsbericht vorgelegt – stellte der neue Präsident Abel Pacheco die politischen Leitlinien für die Regierungsarbeit der nächsten Jahre vor. Er tat dies in einer von ihm während des Wahlkampfes nicht praktizierten konkreten Form und nannte nicht nur die wesentlichen Entwicklungsprobleme des Landes beim Namen, sondern gab auch die zur Lösung notwendigen Reformprojekte an.

Zentrales Anliegen Armutsbekämpfung

Schwerpunkt der zukünftigen Regierungsarbeit wird der Abbau der Armut im Lande sein, von der ca. 20 Prozent der Bevölkerung betroffen ist. Dazu ist ein Bündel von konkreten Maßnahmen vorgesehen, wie sozialer Wohnungsbau, Stipendien für den Schulbesuch der Kinder, Ausbildungsprogramme zur Integration der Haushaltsvorstände in den Arbeitsprozess, Unterstützungsprogramme für Unternehmensgründungen sowie Integrationshilfen für Behinderte.

Schwerpunkt der zukünftigen Regierungsarbeit wird der Abbau der Armut im Lande sein, von der ca. 20 Prozent der Bevölkerung betroffen ist.

Weiterhin beabsichtigt die neue Regierung, die bestehenden Unterstützungsprogramme zur nachhaltigen Entwicklungsförderung der ärmsten Familien zusammenzuführen. Davon sind ca. 300 000 Personen (acht Prozent der Bevölkerung) betroffen. Das Instrument wird ein Sozialrat (Consejo Social) sein, der unter dem Vorsitz des Präsidenten die Koordinierung und den Aufbau eines Informationssystems für die betroffenen Familien vorbereitet. Parallel dazu ist an eine Bürgerkontrolle (*auditoría ciudadana*) gedacht, die den effizienten Einsatz der Mittel überwacht.

Steigerung von Produktivität und Wachstum

Verbesserung der Berufsausbildung und Ausbau der Infrastruktur sollen den Motor für eine Produktivitätssteigerung bilden und ein nachhaltiges Wachstumsziel von jährlich sechs Prozent anstreben. Ausschreibungen und Lizenzen bei der öffentlichen Auftragsvergabe sollen zur Absicherung von Transparenz und effizientem Mitteleinsatz sorgen.

■ Besondere Bedeutung misst der neue Präsident der Sanierung der Staatsfinanzen bei. Geplant ist die Absenkung des bisherigen Haushaltsdefizits um jährlich ein Prozent, um 2006 ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates zu erreichen.

Besondere Bedeutung misst der neue Präsident der Sanierung der Staatsfinanzen bei. Geplant ist die Absenkung des bisherigen Haushaltsdefizits (je nach Berechnungsmethode zwischen drei und sechs Prozent) um jährlich ein Prozent, um 2006 ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates zu erreichen. Ausgenommen sind die Teilhaushalte Straßenbau, Elektrizitätsversorgung und Kommunikationstechnologien. Schon jetzt kündigte Abel Pacheco einen umfassenden Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften an, um einen Konsens über das anzuwendende Sanierungskonzept der Staatsfinanzen zu erreichen. In der Zwischenzeit hat der Finanzminister die Anweisungen zur Umsetzung einer breiten Sparpolitik für den öffentlichen Sektor einschließlich einer konsequenten Bekämpfung der Steuerhinterziehung gegeben. Mehrmals wich Abel Pacheco beim Thema der Staatsfinanzen von seinem Redemanuskript ab, um auf die Bedeutung und Dringlichkeit einer umfassenden Haushaltsreform hinzuweisen. Dabei soll die konsequente Steuererhebung vor der Einführung neuer Steuern bzw. vor Steuererhöhungen stehen.

Als einen weiteren Schwerpunkt zur Förderung von Produktivität und Wachstum stellte der neue Präsident die Integration der Wirtschaft des Landes in den internationalen Globalisierungsprozess vor. Effiziente und wettbewerbsfähige öffentliche Dienstleistungen, wie auch die Verbesserung von Produktqualität und Verbreiterung der Produktrvielfalt bilden dabei wichtige Instrumente.

Eindeutig und rückhaltlos sprach sich Abel Pacheco für den Abschluss von Freihandelsabkommen mit Kanada, den USA und der Europäischen Union aus. Bewusst war ihm dabei, dass dazu gleichzeitig eine selektive Unterstützung des Agrar- und Fischereisektors sowie der Klein- und Mittelunternehmen

wie auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit erforderlich ist. Die zentralamerikanischen Integrationsbemühungen fanden dagegen keinen Niederschlag in seinen Ausführungen.

Integrale Sicherheit für die Bürger

Hier will sich der neue Präsident für eine koordinierte Sicherheitspolitik einsetzen, die als Schwerpunkte institutionelle und gesellschaftliche Maßnahmen zum Schutz der persönlichen Sicherheit, der nationalen Sicherheit sowie zum Kampf gegen die organisierte Rauschgiftkriminalität und den Terrorismus, gegen die Gewalt in der Familie und die Straßenkriminalität beinhaltet. Besonders scharfe Worte fand er im Rahmen seiner Verurteilung der sexuellen Ausbeutung Minderjähriger im Zuge des zunehmenden Touristenstroms.

Transparenz und Ethik des öffentlichen Handelns

Energisch versprach Abel Pacheco klare und nachvollziehbare Entscheidungen auf staatlicher Seite. Korruption, Straflosigkeit bei Vergehen und Verschwendungen werden in seiner Regierung nicht geduldet. Für eine zeitnahe effiziente Rechtssprechung soll eine umfassende Justizreform durchgeführt werden.

Nationale Identität

Angesichts der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Globalisierungstendenzen ist es nach Meinung des neuen Präsidenten notwendig, sich auf nationale Werte zu besinnen. Dabei hob er in seiner Rede die Biodiversität und die Multikultur Costa Ricas hervor, die den Umweltschutz und die Verpflichtung zum Frieden zu den wesentlichen Kriterien für Entscheidungen über die weitere Entwicklung des Landes machen. Abweichend vom Redemanuskript sprach er sich dafür aus, den Umweltschutz als Verfassungsziel zu verankern.

Ausbau des Öko-Tourismus, Entwicklung Costa Ricas zu einem wissenschaftlichen Zentrum in Zentralamerika und Engagement im Themenbereich der Menschenrechte werden Leitlinien auf diesem Gebiet sein.

Außenpolitik über reine Handelsbeziehungen hinaus

Förderung der Menschenrechte, Ausbau des Dialogs bei zwischenstaatlichen Differenzen sowie Abbau der Militärhilfe zugunsten von Förderprogrammen zur Befriedigung existentieller Grundbedürfnisse im Nahrungsmittelsektor, Ausbau der Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungssektor stehen an erster Stelle der außenpolitischen Aktivitäten der Regierung Abel Pacheco.

Aufruf zum nationalen Konsens

Zum Abschluss seiner Rede hob der neue Präsident die Bedeutung des gemeinsamen und abgestimmten Handelns der politischen Institutionen hervor, um die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen meistern zu können. Speziell wandte er sich dabei an die politischen Parteien und das Parlament, aber auch an die gesellschaftlichen Kräfte allgemein und speziell an die Jugend, die er an ihre Verantwortung bezüglich der Zukunft erinnerte.

■ Kongresswahlen: Auf dem Wege zum Mehrparteiensystem?

In friedlicher Volksfestatmosphäre erfolgten am 3. Februar die Präsidentschafts-, Kongress- und Stadtratswahlen. Nach den vorläufigen Ergebnissen wird der Kongress von drei nahezu gleichstarken Fraktionen beherrscht, ohne dass der neue Präsident – wie traditionell üblich – sich auf eine dominierende Regierungsfaktion stützen könnte.

Damit wird der Kongress von drei nahezu gleichstarken Fraktionen beherrscht, ohne dass der neue Präsident – wie traditionell üblich – sich auf eine dominierende Regierungsfaktion stützen könnte. Hinzu kommt ein vierter, wenn auch schwächerer Block, der jedoch in den Verhandlungen um politische Mehrheiten im Parlament von großer Bedeutung sein wird. Dies zeigte sich bei der Wahl des Parlamentspräsidenten, wo nach vier Wahlgängen keine Einigung erzielt werden konnte. Mehr noch, der gewählte Vertreter des PLN trat unmittelbar nach seiner Wahl zurück. Seine Partei hatte beschlossen, sich nicht an der Parlamentsleitung zu beteiligen. Im fünften Wahlgang wurde schließlich aufgrund von Besonderheiten des Wahlsystems (ungültige Stimmen werden dem stimmenstärksten Kandidaten zugeschlagen) der Christdemokrat Rolando Laclé gewählt, ein allseits respektierter Parlamentsveteran mit vier Legislatur-

■ In friedlicher Volksfestatmosphäre erfolgten am 3. Februar die Präsidentschafts-, Kongress- und Stadtratswahlen. Nach den vorläufigen Ergebnissen wird der Kongress von drei nahezu gleichstarken Fraktionen beherrscht, ohne dass der neue Präsident – wie traditionell üblich – sich auf eine dominierende Regierungsfaktion stützen könnte.

■ Ergebnisse der Kongresswahlen 1998 und 2002

Partei	1998		Sitze	2002		Sitze
	Stimmen	Anteil in %		Stimmen	Anteil in %	
PUSC – Partido Unidad Social Cristiana	569 792	41,2	27	449 069	29,8	19
PLN – Partido Liberación Nacional	481 933	34,8	23	408 822	27,1	17
PAC – Partido Acción Ciudadana	0	0	0	330 693	21,9	14
Movimiento Libertario	42 640	3,1	1	140 727	9,3	6
Renovación Costarricense	27 892	2,0	1	53 952	3,6	1
Fuerza Democrática	79 826	5,8	3	29 782	2,0	0
Partido Integración Nacional	38 408	2,8	1	25 998	1,7	0
Acción Laborista Agrícola	16 955	1,2	1	10 723	0,7	0
andere Parteien	126 081	9,1	0	58 406	4,0	0
Gültige Stimmen	1 383 527	100,0	57	1 508 172	100,0	57
Wahlberechtigte	2 045 980			2 279 851		

Quelle: Tribunal Supremo Electoral Costa Rica 2002

perioden und einer Schlüsselstellung zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb des PUSC.

Die Alt-Parteien PUSC und PLN verloren nicht nur Stimmprozente im Verhältnis zum letzten Wahlgang 1998, sondern auch Wählerstimmen in absoluten Zahlen. Trotzdem gelang es ihnen, sich als einflussreiche Kräfte im Parlament zu behaupten. Speziell der PLN konnte sich als zweite politische Kraft gegenüber der drängenden dritten Kraft PAC behaupten, obwohl er das schlechteste Wahlergebnis seiner Geschichte erzielte. Nach einem aufreibenden Wahlkampf steht die Partei nun vor der Herausforderung, sich neue Finanzquellen zu erschließen. Entsprechend dem Wahlergebnis wird der PLN weniger als geplant an den öffentlichen Mitteln zur Parteienfinanzierung partizipieren.

■ Kommunalwahlen: Zwang zu politischen Allianzen

Die Kommunalwahlen vom 3. Februar 2002 boten ein uneinheitliches Bild und brachten für die einzelnen politischen Gruppierungen heterogene Resultate. Es gab keinen eindeutigen Sieger, und zur Wahl des Präsidiums sind in 70 der insgesamt 81 Gemeinden

(Kantone) des Landes Allianzen zu bilden. Damit sind Ansätze zu einem Mehrparteiensystem auch in den Kommunen unübersehbar. Lediglich in elf Gemeinden gibt es absolute Mehrheiten einer der Altparteien (davon acht für den PLN und drei für den PUSC). In weiteren 29 Gemeinden gab es Allianzen zwischen PUSC und PLN, in zehn Gemeinden zwischen PUSC und PAC und in neun Gemeinden zwischen PLN und PAC. Was im Parlament nicht gelang, schafften die drei großen Parteien PUSC, PLN und PAC: sich problemlos auf politische Allianzen in den Präsidien der Stadträte zu einigen. Der erstmalig angetretenen Partei PAC gelang es auf Anhieb, sich landesweit auf kommunaler Ebene zu etablieren. In insgesamt 21 Gemeinden konnten 16 zum größten Teil lokale Gruppierungen Sitze in den jeweiligen Stadträten erzielen. Vergleiche mit den Ergebnissen der letzten Wahl von 1998 sind aufgrund der Zählweise durch das Tribunal Supremo de Elecciones nur teilweise möglich.

Im Mittelpunkt des zukünftigen Interesses werden nun die Kandidaten für die am 1. Dezember 2002 anstehenden Direktwahlen der Bürgermeister in den 81 Gemeinden stehen. Kandidaten sind entsprechend dem geltenden Wahlgesetz über die politischen Parteien aufzustellen. Im Laufe der nächsten Wochen

■ Ergebnisse der Kommunalwahlen 2002: Verteilung der Stadträte auf die einzelnen Parteien:

Provinz	Partido Unidad Social Cristiana (PUSC)	Partido Liberación Nacional (PLN)	Partido Acción Ciudadana (PAC)	Movimiento Libertario (ML)	Andere
San José	44	47	33	6	8
Alajuela	31	34	18	3	3
Cartago	16	19	11	1	7
Heredia	18	17	18	1	2
Guanacaste	25	27	6	0	3
Puntarenas	26	21	9	1	6
Limón	18	13	6	1	2
Gesamt	178	178	101	13	31

Quelle: Tribunal Supremo de Elecciones 2002

werden sich die Parteien über den Mechanismus zur Wahl ihrer offiziellen Kandidaten Gedanken machen müssen.

■ Eine erste Bewertung: Herausforderungen für Koordinierung und Kommunikation

Die entscheidende Konsequenz für die Parteien aus den verschiedenen Wahlgängen ist der Ausbau ihrer politischen Interaktion oder Kommunikation, sprich Anpassung ihrer politischen Kultur an die neuen Gegebenheiten. Die Parteien im Parlament wie auch auf lokaler Ebene müssen im Zuge des Wahlergebnisses ihre politischen Kontakte für ein Szenario überprüfen, in dem Verhandlungen und Koalitionen zur Konsensfindung unvermeidbar sind. Dies besonders mit Blick auf den im ganzen Lande zu spürenden Reformstau. Wenn ein solcher Konsens allerdings auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner erfolgt, ist mit den erforderlichen tiefgreifenden Reformen kaum zu rechnen. Zusätzlich wird die Konsensfindung erschwert durch die Narben, die die *primaries* der beiden Alt-Parteien zur Wahl ihres Präsidentschaftskandidaten hinterlassen haben und die bis in die Parlamentsfraktionen zu spüren sind. Ebenso komplizieren die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen des Präsidialsystems das Panorama, in dem fallweise Entscheidungen und der gute Wille der beteiligten Akteure herausragende Bedeutung haben. Bisherige Versuche, parteiübergreifend klare Regeln und Mechanismen für mögliche Konflikte zwischen den Verfassungsorganen in Kraft zu setzen, scheiterten an den Partikularinteressen vor allem der Abgeordneten.

Die relative Dominanz der Alt-Parteien kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie sich beide in einer Krise befinden. Dies gilt besonders für den sozialdemokratischen PLN, der nicht nur einen großen Teil seiner Anhängerschaft an Ottón Solís mit seinem PAC verloren hatte, sondern auch nach dem mehr als bescheidenen Wahlergebnis mit großen Finanzproblemen zu kämpfen hat. Der Wahlkampfhaushalt war an einem Ergebnis von etwa 36 Prozent ausgerichtet, tatsächlich wurden rund 31 Prozent erreicht. Die Differenz an Mitteln der staatlichen Wahlkampffinanzierung bewegen sich im sechsstelligen Dollarbereich.

■ Die entscheidende Konsequenz für die Parteien aus den verschiedenen Wahlgängen ist der Ausbau ihrer politischen Interaktion oder Kommunikation, sprich Anpassung ihrer politischen Kultur an die neuen Gegebenheiten. Die Parteien im Parlament wie auch auf lokaler Ebene müssen im Zuge des Wahlergebnisses ihre politischen Kontakte für ein Szenario überprüfen, in dem Verhandlungen und Koalitionen zur Konsensfindung unvermeidbar sind.

Doch nicht nur die Finanzierung der Parteiaktivitäten bilden einen Schwerpunkt der internen Diskussionen, auch die Wahl der Kandidaten für die politischen Mandate in offenen *primaries*, der Aufbau permanenter Parteistrukturen sowie die partiinterne Demokratie rücken mehr und mehr in den Mittelpunkt der Überlegungen, angesichts der Ergebnisse der beiden letzten Wahlgänge. Noch vor der Stichwahl forderten verschiedene interne Zirkel des PLN eine umfassende Reorganisation der Partei. Innerhalb des PUSC besteht Einigkeit, noch in diesem Jahr Parteiprogramm-, -struktur und -finanzen auf den Prüfstand zu stellen.

Ebenfalls werden Stimmen laut, die eine Reform des Wahlrechts verlangen. Dabei stehen die Rückführung der Wahlkampffinanzierung, die Öffnung der bislang geschlossenen Wahllisten, die Ermöglichung parteiunabhängiger Kandidaturen, die Einführung von Wahlkreisen statt der bisher üblichen Provinzlisten, die Verlängerung der Wahlperiode bei Wiederwahl sowie die elektronische Stimmabstimmung im Mittelpunkt.

Die großen Verlierer der Kongress- (aber auch der Kommunalwahlen) waren acht kleine Minderheitsparteien (es nahmen insgesamt 15 Parteien an den Präsidentschafts- und Kongresswahlen teil), die nicht nur ohne Vertretung im Kongress blieben, sondern auch das Recht auf staatliche finanzielle Unterstützung verloren, da sie jeweils weniger als vier Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Bereits jetzt haben sie angekündigt, dass sie sich auf die am 1. Dezember 2002 anstehenden direkten Bürgermeisterwahlen konzentrieren wollen.

Angesichts der Dominanz der politischen Figur des Präsidenten im Präsidialsystem bekommt die Persönlichkeit des neuen Präsidenten Abel Pacheco und seine Verhandlungsfähigkeit eine besondere Bedeutung. Gleches gilt für die Besetzung der Ministerien und einflussreicher staatlicher Institutionen (von denen es in Costa Rica reichlich gibt). Insgesamt scheinen die Tage des exklusiven *bipartidismo* gezählt. Damit verbunden ist wohl auch eine weitere Bedeutungsverringerung der Parteien. Zunehmen wird die Rolle von Beratern in der Politikgestaltung. Bereits im Wahlkampf hatte der neue Präsident Abel

Angesichts der Dominanz der politischen Figur des Präsidenten im Präsidialsystem bekommt die Persönlichkeit des neuen Präsidenten Abel Pacheco und seine Verhandlungsfähigkeit eine besondere Bedeutung. Gleches gilt für die Besetzung der Ministerien und einflussreicher staatlicher Institutionen.

Pacheco auf die Bedeutung seines pluralistisch ausgerichteten Beraterstabes hingewiesen.

Die anlässlich seiner Amtseinführung vorgelegten politischen Leitlinien wurden von allen politischen Kräften begrüßt und bilden die Grundlage einer auf gesellschaftlicher Konsensbildung beruhenden Regierungspolitik, die sich eine Reihe von grundlegenden Reformen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich zur Aufgabe gemacht hat.

Das Manuskript wurde 10. Mai 2002 abgeschlossen.